

Zivildienstgruppe Berlin

Herrn  
Ralph Hegnauer  
Paris

Betreff: Stellungnahme zu der Verständigungsmöglichkeit Ost - West

Bevor wir versuchen wollen, durch eine unvoreingenommene Beurteilung der psychologischen Situation, in der die Berliner Gruppe sich hinsichtlich des politischen Konfliktes befindet, Euch ein Bild der Möglichkeiten und Unmöglichkeiten zu geben, mit denen wir rechnen müssen, ist es angebracht und notwendig, eine Unterscheidung vorzunehmen.

Diese Unterscheidung betrifft den Begriff Kommunismus. Denn einmal verstehen wir unter Kommunismus eine zur Weltanschauung erhobene Wirtschaftslehre, also eine überwiegend geistige Erscheinung; zum anderen aber - und das wird meist übersehen - ein politisches Herrschaftssystem, also eine politische Realität. Man wird gut tun, beides klar auseinanderzuhalten; wir wollen hier zum Zwecke der Eindeutigkeit das letztere als "Stalinismus" bezeichnen.

Diese Trennung ursprünglich identischer Erscheinungen wäre nicht notwendig, hätten ihre Vertreter nicht, seit sie 1917 erstmalig ihre theoretische Konzeption in die Praxis übertrugen, fortwährend bewiesen, daß sie zur Erreichung ihres Zieles sich gerne "revolutionärer" Methoden bedienen.

Wo heute diese Erscheinung bekämpft wird, da deshalb, weil man die Methoden verwerflich findet. Niemand wird ernsthaft daran denken, einen Menschen zu bekämpfen, nur weil er kommunistische Ansichten äußert, wohl aber wird man den Betreffenden argwöhnisch und feindselig beobachten, wenn er - wie es jüngst in einer deutschen Stadt geschah - sich für die Einrichtung von Konzentrationslagern zur Isolierung politischer Gegner ausspricht. Und leider hat uns die Erfahrung gezeigt, daß der Kommunismus fast überall, wo er reale politische Formen schafft, mit dem Etikett des Stalinismus gezeichnet werden muß.

Man verzichtet sehr zu Recht darauf, oder sollte es wenigstens, Menschen ihrer Gesinnung wegen anzuklagen; denn wer hätte ein Recht dazu? Aber die Menschen haben das Recht, andere wegen ihrer Handlungen anzuklagen, weniger als Ankläger der Schuldigen denn als Verteidiger der Opfer. Ein Mord ist nicht deshalb ein Verbrechen, weil es überhaupt begangen worden ist, sondern weil einem Menschen ein Leid angetan worden ist. Ein Eintreten für Menschenrechte hat also - um es zusammenzufassen - heute einen defensiven Charakter. Dieses Eintreten hat nichts mit "Weltanschauung" zu tun und ist auch unabhängig von jeder politischen Idee im engeren Sinne.

Wenn wir unter diesen Gesichtspunkten uns jetzt dem Zivildienst zuwenden, dann erscheint uns eines wesentlich: wir sollten immer bemüht sein, eine Verständigung zwischen Kommunisten und Demokraten zu pflegen; aber wir würden den Sinn unserer Idee verkennen, wenn wir mit dem Stalinismus eine Zusammenarbeit anzustreben suchten. Denn - und hier dürfen wir Deine eigenen Worte zitieren - "die Toleranz geht so weit, wie sie das Gewissen zuläßt."

Diesen Punkt haben wir bei unseren Bestrebungen hier in Berlin seit einiger Zeit überschritten. Denn nach unserer Auffassung hat der Zivildienst unter anderem die Aufgabe, die Würde und den Wert des Menschen zu verteidigen und ihnen in der Welt zu dem ihnen gebührenden Platz zu verhelfen. Und zwar in der ihm eigenen Art, durch Arbeitslager die internationale Verständigung zu fördern und damit gegen den Krieg zu wirken. Aber das Prinzip, das diesen Bemühungen zugrunde liegt, scheint uns zu sein: "Achtung vor dem Menschen als Lebenshaltung und Erziehung zu dieser Haltung".

Zweifellos könnte man es auf mannigfache Weise formulieren, aber wir meinen, daß auch diese Form dem Wesen unserer Arbeit gerecht wird und ihre Idee präzisiert. Denn auch unser Kampf gegen den Krieg ist unseres Erachtens unter diesem Gesichtswinkel zu sehen: Wo wird die Würde des Menschen mehr mit Füßen getreten und wo wird die Persönlichkeit mehr abgewertet?

Wenn wir hierin übereinstimmen, dann können wir nun den speziellen Fall der Gruppe von Zivildienstfreunden in Berlin beleuchten. Man hat uns - das ist eben eine Folge unserer vorgeschobenen Stellung innerhalb der Zivildienstfamilie - immer die besondere Aufgabe übertragen, im Sinne des Zivildienstes eine Verbindung mit östlich orientierten Kreisen zu suchen, und wir haben diese Aufgabe einst mit dem gleichen Enthusiasmus und Optimismus angenommen, mit dem man noch heute in einigen westlichen Zentren unsere Aktivität diesem Problem gegenüber sieht. Wir verzichten darauf aufzuzählen, was wir unternommen haben; zudem wird es ja wohl auch schon bekannt sein. Nur eines sei hier erwähnt: wir hatten 1948 den Plan, im russischen Sektor Berlins ein Sommerlager durchzuführen (Pestalozzidorf). Eine der daran am stärksten interessierten Schwestern, Marianne Hundt, wurde gebeten, diesen Plan mit der zuständigen Stadträtin, Frau Maraun, zu besprechen, was sie auch tat. Leider mit negativem Ergebnis. Marianne teilte uns mit, daß die Durchführung des Lagers nicht möglich sei, allerdings nicht aus politischen Gründen. Da die Zeit damals drängte, entschieden wir uns dann für ein Projekt im amerikanischen Sektor. Es ist möglich, daß damals, also in den Monaten vor der sowjetischen Offensive, ein solches Lager hätte durchgeführt werden können. Niemals aber ist es dem Internationalen Zivildienst möglich, in der russischen Besatzungszone Deutschlands einen Dienst durchzuführen, solange er nicht eine Organisationslizenz besitzt. Ohne eine rechtliche Grundlage ist nicht daran zu denken. Und das gilt augenblicklich auch für den russischen Sektor, der ja verwaltungsmäßig mehr und mehr den zonalen Ministerien unterstellt wird. Wenn Freunde des Zivildienstes wünschen, in der russischen Zone Hilfsarbeit zu tun, dann müssen sie sich einem der dort laufenden Arbeitsdienste russisch lizenziierter Organisationen anschließen. Wir würden uns freuen, wenn ein solcher Schritt unternommen würde mit der Absicht, auf diese Art unsere Idee in eine solche Gruppe Menschen hineinzutragen.

Aber heute beschäftigen uns die weiter oben entwickelten Gedanken sehr stark, und wir bekennen offen, daß es eine lange Zeit brauchte, um zu diesen Anschauungen zu kommen. Es ist möglich, daß wir auch heute noch nicht sicher sind, auf dem richtigen Weg zu gehen. Aber vielleicht hat uns die Erfahrung der Jahre hier in Berlin den Blick geschärft und läßt uns die Dinge nüchterner betrachten. Wir haben versucht, Möglichkeiten eines Gedankenaustausches zu finden und sind gescheitert. Wir stießen gegen eine Wand, selbst dort, wo wir vorübergehend glaubten, Erfolge zu haben. Und heute wissen wir, daß diese Ergebnislosigkeit nicht auf mangelndem Verständnis beruht, sondern daß sie System ist.

Und wir haben - warum es verhehlen - jetzt diese Versuche aufgegeben. Denn was hier geschieht, widerspricht dem oben entwickelten Prinzip. Wir können mit noch so viel Schwung und Bereitschaft starten : über diese Klippe kommen wir nicht hinweg. Und wir vertrauen dabei unserem Gewissen.

In einer Stellungnahme zu der politischen Haltung eines Zivildienstlers schreibt Ihr im "Service Civil", als Organisation sollten wir jede einseitige Stellungnahme in diesem Konflikt vermeiden; ein Zivildienstler als Individuum sollte jedoch eine Haltung im Sinne unserer Maximen einnehmen.

Das ist theoretisch zweifellos richtig, stößt aber da auf Schwierigkeiten, wo in einer Zivildienstgruppe fast alle Freunde als Individuen den gleichen, möglicherweise einseitigen Standpunkt beziehen. Und das ist bei uns der Fall.

Wir sehen es als unsere moralische Pflicht, jedem Menschen ohne Rücksicht auf seine geographische oder politische Zugehörigkeit zu helfen (wie wir unser Holz auch immer an die Armen aller Sektoren verteilen), und wir sehen es als Menschen für eine andere moralische Pflicht an, gegen die Gewalt, die Macht und die daraus resultierenden Möglichkeiten einzutreten. Die Verfasser dieses Briefes dürfen annehmen, daß diese Bemerkungen die Gedanken der Berliner Freunde wiedergeben.

Wir stehen daher auf dem Standpunkt, daß es wünschenswert wäre, einige ausländische Freunde mit Erfahrung zu bitten, im kommenden Sommer sich speziell mit dieser Frage zu befassen, und zwar in der Form, daß sie mindestens einen Monat hier in Berlin arbeiten. Es erscheint uns unerläßlich, daß einmal von Ausländern versucht wird, was Deutschen zur Zeit nicht möglich ist, und zweitens einige von Euch die Erfahrungen machen, die wir hier zusammengefaßt haben. Unsere Gruppe wird Euch dabei in jeder Hinsicht zur Seite stehen.

gez. Hans-Ulrich Smoltczyk

gez. Dieter Hartwich

gez. Eberhard Trams